

Rede des Bürgermeisters Christian Bommers zur Ratssitzung am 28. Oktober 2021. Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Rates und der Verwaltung, sehr geehrte Damen und Herren,

wir leben in stürmischen Zeiten. Seit inzwischen über anderthalb Jahren bestimmt die Corona-Pandemie unser Leben und unseren Alltag. Auf Bewährtes und Gewohntes müssen wir verzichten, viele uns vorher unbekannte Herausforderungen sind zu bewältigen. Gleichzeitig gilt es, viele wichtige Weichen für die Zukunft unserer Stadt zu stellen und Entscheidungen zu treffen, die uns und die Menschen in unserer Stadt in den nächsten Jahrzehnten begleiten werden.

Nachdem wir uns im vergangenen Jahr aufgrund der pandemiebedingten Einschränkungen auf eine Haushaltseinbringung in „Light-Version“ verständigt hatten freue ich mich, Ihnen heute im Kreise des gesamten Stadtrates den Etat für das Jahr 2022 vorlegen zu können.

Dieser Haushalt steht unter den besonderen Zeichen der sich zum einen auch im kommenden Jahr noch niederschlagenden Auswirkungen der Corona-Pandemie, zum anderen steht das Ihnen vorliegenden Zahlenwerk für die Umsetzung dringend notwendiger Investitionen. Mit einem Volumen von insgesamt rund 113,3 Millionen Euro im Finanzplanungszeitraum bis 2025 beinhaltet der Etat ein bislang nie dagewesenes **Investitionsvolumen**.

Die Auswirkungen der **Corona-Pandemie** machen sich insbesondere im Bereich der Steuererträge bemerkbar. Hier müssen wir auch weiterhin große Einschnitte hinnehmen. Zwar lassen sich bei Gewerbe- und Einkommensteuer gegenüber den vergangenen Schätzungen leichte Aufwärtstrends erkennen, dennoch werden wir prognostisch sowohl im kommenden als auch in den darauffolgenden Jahren noch mit Einbußen rechnen müssen. Allein die coronabedingten Finanzschäden belaufen sich im kommenden Jahr auf rund 10,3 Millionen Euro.

Dies wegzustecken und zeitgleich einige, lange notwendige Investitionen umzusetzen erfordert einen besonderen Kraftakt von uns allen, den es mit Augenmaß zu bewältigen gilt.

In unserer gemeinsamen Verantwortung von Rat und Verwaltung steht es, die finanzielle Lage unserer Stadt zu konsolidieren und gleichzeitig unsere Infrastruktur zeitgemäß weiterzuentwickeln.

Unsere Stadt prosperiert, die **Nachfrage nach Wohnraum und Gewerbeflächen** ist weiterhin ungebrochen, gleichwohl sollte es unser Ziel sein, den hohen Lebensstandard unserer Stadt aufrechtzuerhalten und Meerbusch weiterhin als attraktiven Standort zwischen Niederrhein und Metropolregion Rhein-Ruhr zu wahren.

Auch im vergangenen Jahr ist Meerbusch weiter gewachsen. Inzwischen leben in unserer Stadt rund 58.500 Menschen. Wir verzeichnen damit ein jährliches Wachstum von knapp einem Prozent – Tendenz steigend.

Eine weiterhin ausgewogene **Siedlungsentwicklung** sowie die Schaffung dringend benötigter **Gewerbeflächen** werden daher auch in den kommenden Jahren zu unseren Hauptaufgaben zählen. Die Baugebiete Kalverdonk in Osterath sowie Böhlerleben in Büderich mit einem Potential von gemeinsam perspektivisch rund 1.100 Wohneinheiten sind hierbei nur die zwei größten Wohnungsbauprojekte. Auch wird eine Entscheidung über die Entwicklung des Gewerbegebietes an der A44 in Osterath notwendig.

Um mit der allgemeinen Entwicklung und dem Wachstum unserer Stadt finanziell Schritt halten zu können ist es an der Zeit, nach längerer Zeit an einigen Stellschrauben zu drehen.

Auch wenn es Meerbusch insgesamt noch gut geht, so ist es auch für uns an der Zeit, mit besonderem Augenmaß zu agieren. Wir müssen uns zum Ziel setzen, den Haushalt in den kommenden Jahren weiter zu **konsolidieren**. Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit für die kommenden Generationen sollten das Credo unseres Wirtschaftens sein. Hierbei gilt es auch, Einsparpotentiale zu erkennen und mögliche Erträge in fairem Maße zu generieren, um die Finanzierung notwendiger Investitionen zu sichern.

Nachdem es uns in den vergangenen rund zehn Jahren gelungen ist, von Erhöhungen der kommunalen Steuersätze abzusehen, wird es nunmehr nötig, den Hebesatz der **Grundsteuer B** maßvoll anzupassen. Mit einer geplanten Erhöhung auf 480 Prozentpunkte ab dem kommenden Jahr liegen wir aber weiterhin deutlich unter dem durchschnittlichen Hebesatz in Nordrhein-Westfalen – dieser liegt in 2021 bei 578 Prozent. Die Hebesätze der Gewerbesteuer und der Grundsteuer A bleiben weiterhin unverändert.

Der Haushalt, meine Damen und Herren, ist Dreh- und Angelpunkt des kommunalpolitischen Wirkens. An ihm lassen sich die Gesundheit und die Herausforderungen einer Stadt in aller Deutlichkeit ablesen.

Nach zuletzt vier durchweg **positiven Jahresergebnissen in den Jahren 2017 bis 2020** zeichnen sich diese Herausforderungen in den kommenden Jahren in aller Deutlichkeit ab. Dies ist jedoch keine rein Meerbuscher Entwicklung. Die Städte und Gemeinden in unserer Region sehen sich alle gleichermaßen vielfältigen Aufgaben gegenüber. Ein Blick in die Haushaltsbücher unserer Nachbarkommunen bestätigt uns das.

Unser **Entwurf** für das kommende Jahr sieht im Ergebnisplan im Saldo von Erlösen und Aufwendungen ein **Minus von 1,67 Millionen Euro** vor. Dieses Defizit kann jedoch durch die vorhandene Ausgleichsrücklage kompensiert werden. Somit kann auch für das Jahr 2022 ein ausgeglichener und nicht genehmigungspflichtiger Haushalt vorgelegt werden. Dennoch zeichnet sich ab, dass wir in den kommenden Jahren vor großen finanziellen Hürden stehen, um all unsere Aufgaben meistern und die dringend notwendigen Investitionen stemmen zu können.

Die größten Positionen auf der Aufwandsseite machen alljährlich die **Personalaufwendungen** sowie die **Kreisumlage** aus.

Insgesamt belaufen sich die **Personalaufwendungen** auf rund 43,7 Millionen Euro. Durch zunehmende Aufgaben wird es nötig, im kommenden Jahr im moderaten Umfang Mehrstellen vorzusehen. Hier hat sich die Verwaltung jedoch bereits selbst den Rotstift angesetzt und nur die absolut dringlichsten Maßnahmen für den Stellenplan berücksichtigt.

Die **Kreisumlage** beläuft sich bei einem für das kommende Jahr festgeschriebenen Höchstsatz von 34,56 Prozent auf rund 28,3 Millionen Euro.

Die finanzpolitischen Schwerpunkte der kommenden Jahre werden weiterhin die **Bereiche Betreuung und Bildung** sein. Nachdem wir in den vergangenen Jahren bereits drei neue Kindertageseinrichtungen bauen konnten, sind in den kommenden Jahren weitere Einrichtungen in Büderich, Osterath sowie in Nierst mit einem Volumen von insgesamt mehr als 16 Millionen Euro geplant.

Den mit Abstand größten Anteil der Investitionen wird jedoch unsere **Schulentwicklung** ausmachen. Durch das Wachstum unserer Stadt verzeichnen wir weiterhin steigende Schülerzahlen, ebenso wirkt sich auch der in diesem Jahr durch den Bund beschlossene Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz im Offenen Ganztage ab 2026 massiv auf unsere Investitionsbedarfe aus.

Die notwendigen Erweiterungen und Umbauten an unseren **Grundschulen** schlagen allein mit rund 40 Millionen Euro zu Buche, der Neubau einer Grundschule im Areal Böhler II mit weiteren rund 16 Millionen Euro. Hinzu kommen umfangreiche Investitionen an den **weiterführenden Schulen**.

Über die Höhe der **bundes- und landesseitigen Förderungen** der Kommunen zum Ausbau des Offenen Ganztags gibt es bislang keine konkreten Aussagen. Es steht zu befürchten, dass die Städte und Gemeinden hierzu den Löwenanteil der baulichen Investitionen werden finanzieren müssen.

Der Einbau von **Lüftungsanlagen** an allen städtischen Grundschulen und Kindertageseinrichtungen umfasst einschließlich einer Förderung ein Volumen von rund 5,6 Millionen Euro.

Erfreulicherweise geht der Neubau unseres Stadtarchives am Erwin-Heerich-Haus in Osterath gut voran, sodass wir nach dem Umzug der Archivalien im kommenden Jahr mit dem Umbau und der Nutzung der Räumlichkeiten für die Adam-Riese-Schule wie geplant beginnen können.

Die Förderung der **Kinder in unseren Kindertageseinrichtungen** beläuft sich in 2022 auf 26,3 Millionen Euro, im Vergleich zu 2021 eine erneute Steigerung um knapp 2,5 Prozent. Diese Steigerungen liegen einerseits in der Schaffung zusätzlicher Betreuungsplätze begründet, andererseits sind sie Ergebnis der veränderten Finanzierung. Nach der Neufassung des Kinderbildungsgesetzes durch den Bund sind Eltern inzwischen für zwei Kindergartenjahre von der Beitragspflicht befreit. Die uns zufließende Ausgleichszahlung des Landes beträgt dabei jedoch nur knapp 50% der tatsächlich entstehenden Aufwendungen, sodass seitens der Stadt hierzu noch rund 1,7 Millionen Euro beigetragen werden.

Die attraktive und umfassende Betreuung der Kleinsten ist zweifelsfrei ein wichtiges Gut unserer Daseinsvorsorge. Ebenso wichtig ist jedoch auch die gerechte Finanzierung zwischen Bund, Ländern und Kommunen.

Ein weiterer Schwerpunkt in den nächsten Jahren betrifft unsere **Feuerwehr**. Wenn wir zum Ende dieses Jahres den Brandschutzbedarfsplan für die kommenden fünf Jahre beschließen, können wir mit diesem umfänglichen und aussagekräftigen Werk die Weiterentwicklung unserer Feuerwehr angehen. Neben den Investitionen in die technische Ausstattung unserer Wehrleute stehen insbesondere die Errichtung eines Gerätehauses für den Löschzug Osterath sowie die weiteren Planungen und Entscheidungen für eine neue zentrale Feuer- und Rettungswache auf dem Tableau. Allein für Fahrzeuge und Gebäude sind hierzu in der mittelfristigen Finanzplanung rund 26 Millionen Euro in den Etat eingepreist.

Doch auch die weitere Stärkung des Ehrenamtes sowie die personelle Ertüchtigung unserer hauptamtlichen Kräfte zur Erreichung der Schutzziele wird eines der Hauptaugenmerke sein.

Neben den Themen Betreuung, Bildung und Feuerwehr ist auch die weitere Stärkung des **Klimaschutzes** in unserer Stadt ein wichtiges Ziel. Insbesondere der weitere Ausbau des Radwegenetzes sowie die Erstellung des Mobilitätskonzeptes und der Nachhaltigkeitsstrategie für unsere Stadt sind hierzu wichtige Stellschrauben. Auch die Berücksichtigung energetischer Aspekte bei der Errichtung bzw. Sanierung städtischer Gebäude sowie die Beratung und Aufklärung der Bürgerinnen und Bürger bei Fragen zum Klima- und Umweltschutz sind wichtige Themen, um unseren Beitrag zur Verlangsamung des Klimawandels zu leisten.

Meine Damen und Herren,
die vor uns stehenden Herausforderungen sind immens. Es ist wichtig, dass wir uns auf die wichtigsten und wesentlichsten Dinge für die Entwicklung unserer Stadt fokussieren. **Wir müssen Gewohntes und Althergebrachtes hinterfragen. Sind bestimmte Angebote notwendig? Wie können wir zusätzliche Erträge schaffen, um gerecht zu wirtschaften, ohne jedoch Einzelne über Gebühr zu belasten?** Nur wenn wir uns diese Fragen stellen und sie in den kommenden Wochen der Beratungen ehrlich beantworten, kann es uns gelingen, unsere Stadt auch weiterhin finanziell handlungsfähig zu erhalten. Ich bin überzeugt, dass wir mit den dargestellten Schwerpunkten hierzu die richtige Richtung einschlagen.

Ein Haushalt kann nur in Gemeinschaft erarbeitet werden. So gilt mein **Dank** allen Leitungskräften und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung. Ein besonderer Dank gilt den Beschäftigten der Servicebereichs Finanzen um unseren Kämmerer Christian Volmerich.

Vor uns – meine Damen und Herren – liegt ein herausfordernder Weg. Lassen Sie uns die zahlreichen Aufgaben als Chance verstehen, um unsere Stadt sattelfest zu machen. **Zukunft gestalten und Spielräume erhalten** – nur gemeinsam können Politik und Verwaltung dies bewältigen.

Ich wünsche uns konstruktive Beratungen zum Haushalt 2022 und ein gutes Ergebnis im Sinne der Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt. Unser Stadtkämmerer Christian Volmerich wird Ihnen nunmehr das genaue Zahlenwerk erläutern.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.